

Gliederungshilfe Skizze:

Förderlinie 1

0. Projekttitle

1. Antragstellende Kommune und Partnerkommunen

Antragstellende Kommune, Anschrift, Kontaktperson, Kontaktdaten

Handelt es sich um ein Gemeinschaftsvorhaben von mehreren Partnerkommunen? ja nein

Wenn ja, beteiligte Kommunen benennen.

2. Zusammenfassung

Allgemeinverständliche Zusammenfassung des Vorhabens (Umfang max. 1 Seite DIN A4)

3. Ausgangslage und Innovation

Ausgangssituation, Problemstellung, Bedarf nach neuen Lösungen, Neuheit des Vorhabens, erwarteter Nutzen des Vorhabens (differenziert nach Zielgruppe), Innovationspotenzial

4. Inhalte und Ziele des Innovationsprojekts

Darlegung der angestrebten Ziele, Arbeits- und Zeitplan mit ausformulierten Arbeitspaketen und Ressourcen, angestrebte Entwicklungsziele und Entwicklungsstand bei Projektende, Risiken

Förderbereiche, die die angestrebten Maßnahmen adressieren:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Digitale Gesellschaft | <input type="checkbox"/> Transfer und Coaching, insb. Aufbau von |
| <input type="checkbox"/> Smart Business | Transferstellen und Smart Region Hubs |
| <input type="checkbox"/> Smart Energy | <input type="checkbox"/> Verwaltungsdigitalisierung/eGovernment |
| <input type="checkbox"/> Smart Environment | <input type="checkbox"/> Sonstige: |
| <input type="checkbox"/> Smart Mobility | |
| <input type="checkbox"/> Smart Health | |

5. Projektzeitraum

Angaben zum geplanten Durchführungszeitraum des Vorhabens (max. 2 Jahre möglich). Der früheste Projektstart ist 01.06.2025.

6. Finanzierung

Bestehen bereits weitere Förderungen oder sind weitere Förderungen für das beschriebene Vorhaben geplant? ja nein

Wenn ja, welche?

Vorläufiger Kosten- und Finanzierungsplan

	Kalkulation Personalausgaben	Kalkulation Sachausgaben
Kommune A		
Kommune B		
Kommune C		
Summen:		
Gesamtausgaben:		

	Eigen- bzw. Drittmittel *	benötigte Fördermittel *
Kommune A		
Kommune B		
Kommune C		
Summen:		
Gesamtfinanzierung		

* Bei der Förderung handelt es sich um eine Anteilsfinanzierung in Höhe von in der Regel 80% der förderfähigen Gesamtkosten. Bei Einzelvorhaben richtet sich die Förderquote nach § 48 Abs. 2 Hessisches Finanzausgleichsgesetz (HFAG). Die Spannweite der Förderung beträgt bei Einzelvorhaben 70% bis 90%. Bei einem Gemeinschaftsvorhaben ist grundsätzlich ein Zuschuss in Höhe von 90% möglich. Der restliche Finanzierungsanteil erfolgt durch Eigenmittel. Bitte beachten Sie dazu die Hinweise im „Merkblatt Formale Hinweise“.

7. Einbindung weiterer Beteiligter

Sofern zutreffend: Beschreibung der Aufgaben und Art der Einbindung weiterer Beteiligter / Einrichtungen, welche ggf. neben Partnerkommunen wesentlich in die Projektarbeiten eingebunden werden.

8. Transfer auf andere Kommunen

Dokumentation der Arbeiten und Ergebnisse, Darstellung des Modellcharakters bzw. Transferpotentials zur Übertragbarkeit auf weitere Kommunen.

9. Nachhaltigkeitspotentiale

u.a. potenzielle Wirkung auf Umwelt und Natur, Gesellschaft und soziales Miteinander, Energie-, Material- und Ressourceneffizienz

Erklärung zur Skizze:

- Mir/uns ist bekannt, dass erst nach Zugang des schriftlichen Zuwendungsbescheids mit dem Vorhaben begonnen werden darf. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten, z.B. der Kauf von Materialien, Personaleinstellungen oder Auftragsvergaben. Ein vorzeitiger Beginn ohne schriftliche Genehmigung schließt eine Förderung aus.
Ich/Wir bestätige(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.
- Ich/Wir erkläre(n), dass für das beantragte Vorhaben außer den ggf. genannten kein anderer Zuschuss aus öffentlichen Mitteln beantragt wird oder bewilligt wurde. Diesbezügliche Änderungen werde(n) ich/wir der bewilligenden Stelle unverzüglich mitteilen. Mir/Uns ist bekannt, dass die Antragsunterlagen im Rahmen der Begutachtung einem Fachgremium vorgelegt werden. Zudem können sie einer Gutachterin oder einem Gutachter (extern oder aus der Landesverwaltung) zur Einholung fachlicher Stellungnahmen vorgelegt werden. Die Mitglieder des Gremiums und die Gutachterinnen und Gutachter sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Mit dem Einreichen des Antrags stimme(n) ich/wir diesem Verfahren zu. Ich/Wir erkläre(n), dass ggf. beteiligte Partnerkommunen, Unternehmen, Nichtgebietskörperschaften und andere Einrichtungen über dieses Verfahren unterrichtet wurden.
- Die Verarbeitung von Daten erfolgt aufgrund europa-, bundes- und landesrechtlicher Vorschriften. Mit Einreichung einer Projektbeschreibung wird von mir/uns das auf der Internetseite <https://digitales.hessen.de/> hinterlegte Merkblatt „Hinweise zur Datenverarbeitung nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)“ für Antragstellende von landes- und EU-finanzierten Fördermaßnahmen und die darin enthaltenen Hinweise über meine/unsere Rechte anerkannt. Ebenfalls gelten die Datenschutzhinweise der HA Hessen Agentur GmbH (bewilligende Stelle), abrufbar unter https://www.innovationsfoerderung-hessen.de/mm/Datenschutzhinweise_HA_Projektfoerderung_2023_11.pdf. Der Inhalt der Merkblätter wird damit Bestandteil der vorgelegten Projektbeschreibung.
Ich/wir erkläre(n), dass die in das Vorhaben eingebundenen Personen über die Datenschutzhinweise unterrichtet wurden beziehungsweise werden.

- Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei der Förderung um Leistungen aus öffentlichen Mitteln im Sinne des Hessischen Subventionsgesetzes in Verbindung mit dem Subventionsgesetz handelt und dass die Antragsangaben und Tatsachen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.
- Ich/Wir bestätige(n) die Kenntnisnahme der die Förderung betreffenden Merkblätter.
- Ich/Wir erkläre(n), dass die Arbeiten und Ergebnisse des Vorhabens im Falle einer Förderung in der beschriebenen Form (siehe Merkblatt Transferinstrumente) dokumentiert werden, so dass eine Nachnutzung durch andere hessische Kommunen grundsätzlich möglich wird.
- Ich/Wir als antragstellende Person(en) erkläre(n), dass ich/wir gemäß § 71 HGO bzw. § 45 HKO die rechtliche Verbindlichkeit der Angaben im Antrag sicherstellen und dass ich/wir die Befugnis zu haushaltspolitischen Aussagen besitzen.

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel